# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.35 Reichsmark, für auswärts 0.40 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2.00 Reichsmark, für auswärts 2.50 Reichsmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2 R.-Mark. Postbezug für Monat Oktober 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 75 Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 1.05 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 14194, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 239 — Mittwoch, 12. Oktober 1927 — XXXV. Jahrg.


# Die Diehards gegen Chamberlain

**Ein scharfer Vorstoß der „Daily Mail" — Neue Zwischenfälle auf dem Balkan — Eine bemerkenswerte Rede des bayrischen Finanzministers**

## Was wird aus der Besatzungsminderung?

Es läßt sich nicht leugnen, daß das Verhalten der Pariser Regierung in der Frage der Truppenverminderung trotz der beschwichtigenden Erklärungen deutscher offiziöser Stellen eine wachsende Beunruhigung in der deutschen Oeffentlichkeit hervorruft. Sicherlich ist die (gestern von uns im größten Teile unsrer Auflage noch mitgeteilte) Feststellung der halbamtlichen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz richtig, daß die in Aussicht gestellte französische Note über die Durchführung der Besatzungsverminderung noch keineswegs überflüssig sei, da sie „im Laufe des Oktober" in Berlin eintreffen sollte. Immerhin häufen sich die Anzeichen, die die ernste Besorgnis gerechtfertigt erscheinen lassen, ob Frankreich seine Zusage wirklich erfüllen wird. Man hat in steigendem Maße den Eindruck, daß die bekannten militärischen Stellen wieder einmal ihren ganzen Einfluß aufbieten, um zu erreichen einmal, daß die Zurückziehungsaktion nach Möglichkeit verzögert wird, zum andern, daß Kampftruppen nur in geringer Zahl und größere geschlossene Formationen überhaupt nicht aus dem Rheinland entfernt werden. Auf solche Weise würde die Erleichterung, die sich in der Ziffer der 10 000 Mann ausdrückt, für die Bevölkerung so gut wie gar nicht spürbar werden. Bisher ist von französischer Seite lediglich bestätigt worden, daß Diez an der Lahn und Bad Königstein im Taunus besatzungsfrei werden sollen. Dagegen erweist sich die neuerdings durch die Presse gegangene Nachricht von einer bevorstehenden Zurückziehung der Besatzung aus Bad Ems als unzutreffend, und auch Bad Kreuznach wird nur um einen geringen Teil der Belegschaft vermindert werden. Ja, es heißt sogar, daß in Mainz, das bereits eine Besatzung von 14 000 Mann hat gegenüber einer deutschen Garnisonstärke der Vorkriegszeit von kaum 10 000 Mann, neuerdings wieder Privatquartiere durch die französischen Behörden angefordert worden sein sollen.

Wie der „Lokalanzeiger" wissen will, sollen seit gestern zwischen Berlin und Paris neue, und zwar sehr ernste diplomatische Verhandlungen wegen dieser Dinge im Gange sein. Das deutsche Auswärtige Amt dringt energisch auf die volle Einhaltung der am 5. September gegebenen Zusagen. Es ist klar, daß die Nichterfüllung der damals gegebenen Versprechen den Gegnern der Locarno-Politik die Handhabe zu neuen Angriffen auf den Reichsaußenminister geben würde. Schon jetzt kommt in der deutschnationalen Presse die innere Opposition gegen die deutsche Außenpolitik erneut zum Ausdruck, nachdem eine Zeitlang auf einen Wink der deutschnationalen leitenden Kreise diese Polemik zum Schweigen gebracht war. So erklärt beispielsweise die „Kreuzzeitung": „Wir halten die Auffassung der Wilhelmstraße für recht optimistisch und durch die bisher gemachten Erfahrungen können wir uns keineswegs diesem Optimismus der amtlichen deutschen Stellen anschließen. Wir hegen vielmehr die Befürchtung, daß Deutschland wieder einmal düpiert werden ist." Weit schärfer äußert sich die „Deutsche Tageszeitung", die bereits jetzt von einem Betruge Frankreichs spricht. „Das Auswärtige Amt", heißt es da, „wird sich schwer täuschen, wenn es wirklich annehmen sollte, die Entscheidung des französischen Kriegsministeriums über die Einzelheiten der Truppenverminderung nicht als endgültig ansehen zu brauchen. Diese Entscheidung ist zweifellos auch die Entscheidung der französischen Regierung. Sollte sich das aber bestätigen", führt das Blatt weiter aus, „dann werde es Aufgabe der Regierung sein, gegen das Verhalten Frankreichs sofort allerschärfsten Einspruch zu erheben, und es vor der Welt offen als das hinzustellen, was es in Wirklichkeit ist: als einen ganz gemeinen Betrug Frankreichs und einen abermaligen Bruch der uns in Locarno und kürzlich wieder in Genf gemachten Zusagen."

Diese Sorgen sind nun freilich noch etwas verfrüht, denn noch ist die Note ja nicht da und noch weiß man nicht, was sie bringen wird. Eines freilich wird man zugeben müssen: eine abermalige Enttäuschung und ein Nichteinhalten klarer Zusagen wären eine unerträgliche Belastung, die sehr rückhaltlose Worte rechtfertigen würden. Aber ehe nicht Genaues bekannt ist, dürfte noch Zurückhaltung am Platze sein. Denn auch die in der Verzögerung liegende Unhöflichkeit nicht geeignet ist, die Gefühle zu erwärmen.

## Die Krise der Konservativen

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 11. Oktober

Die Krise in der Konservativen Partei, die dieser Tage in dem offenen Konflikt zwischen Baldwin und Lord Rothermere deutlich zum Ausdruck kam, wird heute von Lord Rothermeres Organ, der „Daily Mail", durch einen neuen Vorstoß verschärft. Das konservative Blatt, dessen große Popularität und Rücksichtslosigkeit schon mehr als ein Ministerium gestürzt hat, deutet heute bereits an, daß die Reformpläne der Regierung zu baldigen Neuwahlen führen müßten, insbesondere die Wahlreform, die das aktive Wahlalter der Frauen auf 21 Jahre herabsetzen soll, dürfe ohne Befragung der Wählerschaft nicht durchgesetzt werden. „Baldwin und J. Hicks", schreibt das Blatt, „erklären, daß sie mit der Wahlreform ein politisches Versprechen einzulösen haben. Wann ist denn dieses Versprechen gegeben worden? Weder Baldwin noch Hicks haben diese Frage im letzten Wahlkampf erwähnt. Hatten die Wähler, die das gegenwärtige Ministerium mit überwältigender Mehrheit ins Amt einsetzten, wirklich die Absicht, dem Ministerium das Recht zu einer revolutionären Umwälzung des politischen Gleichgewichts zu geben?" „Daily Mail" verneint diese Frage entschieden und erinnert daran, wie die Mehrheit Baldwin zustande gekommen ist. Die „Daily Mail" habe durch Veröffentlichung des sogenannten Simonjew-Briefes mehr als irgend jemand anders zum konservativen Wahlsieg beigetragen. Die Stimmen seien abgegeben worden für eine starke und kompromißlose antisozialistische Politik und nicht für etwas anders. Baldwin könne diese Stimmen jetzt nicht zu einer Revolutionierung des Wahlsystems mißbrauchen, er müsse vielmehr vorher die Wahlreformpläne dem Urteil der Wählermassen unterbreiten.

Dieser Vorstoß der „Daily Mail" ist nur einer der vielen Angriffe, die seit der entschiedenen Rechtsschwenkung der Regierung aus dem konservativen Lager gegen das Ministerium Baldwin gerichtet werden. Aber es ist der erste dieser Angriffe, in dem offen zu Neuwahlen aufgefordert wird. Es muß daran erinnert werden, daß hinter der „Daily Mail" mächtige, ja fast allmächtige Wirtschaftsinteressen stehen. So namentlich die Shell-Petroleumgesellschaft, die das Blatt seit langem offen für ihre private Politik benutzt. Ferner stehen hinter Rothermere die entschieden antibolschewistischen Kreise, die seit Jahren ihre eigene Rußlandpolitik betrieben, und damit erstaunliche Erfolge erzielt haben. Diese Front, für die „Daily Mail" das Sprachrohr ist, richtet sich nicht nur gegen Baldwin persönlich, der heute politisch auf dem Sterbebette liegt und nicht mehr getötet zu werden braucht, sondern gegen Chamberlain und dessen Europapolitik. Kommt es zu Neuwahlen, so ist ein Sieg der „Daily-Mail"-Kreise, das heißt, das Zustandekommen einer extrem rechts gerichteten Regierung etwa unter der geistigen Führung Churchills und Lord Birkenheads durchaus nicht unwahrscheinlich. Darin liegt die außerordentliche Bedeutung der Parteikämpfe, die sich zur Zeit in England abspielen.

## Neue Zwischenfälle auf dem Balkan

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Saloniki, 11. Oktober. (Durch United Preß.) In Westmazedonien ist es zu einem Zusammenstoß zwischen bulgarischen Komitatschis und griechischen Gendarmen und Zivilpersonen gekommen. Dabei wurden zwei Mitglieder der bulgarischen Bande getötet. Weiter werden Grenzüberschreitungen durch bulgarische Komitatschis auch von andern Orten gemeldet. Ferner haben sich auch Zwischenfälle an der albanischen Grenze ereignet. Albanische Freischärler, von denen man annimmt, daß sie mit den bulgarischen Komitatschis im Bunde stehen, haben die griechische Grenze überschritten.

## Der französisch-amerikanische Zollkonflikt

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 11. Oktober

Nach einer aus Washington eingetroffenen Information ist anzunehmen, daß die letzte Note des amerikanischen Staatsdepartements über die Frage des Zolltarifs im Laufe des heutigen Tages im Quai d'Orsay eintreffen wird. Die amerikanische Regierung soll gegen die Konvertierung der Anleihe von 75 Millionen Dollar zu 6 Prozent anstatt zu 8 Prozent keinen Einwand mehr erheben und infolge dieser Konzession damit rechnen, daß Frankreich nunmehr eher geneigt sein werde, seinen Zolltarif auf amerikanische Waren herabzusetzen. Gleichzeitig soll das amerikanische Bankenkonsortium, das zur Finanzierung der Operation bestimmt ist, den französischen Stellen die Mitteilung machen, daß das Staatsdepartement alle Bedenken ausgeschaltet hat, die es bisher gegen die Unterbringung des Darlehens erhoben hatte. Damit ist freilich nicht gesagt, daß Washington seinen Einwand gegen eventuell neue französische Anleihen grundsätzlich aufzugeben bereit wäre. Allem Anschein nach wird die Stellungnahme der Washingtoner Regierung die Zollverhandlungen erleichtern für den Fall, daß Frankreich nicht plötzlich neue Forderungen erheben sollte. Man legt großen Wert darauf, festzustellen, daß Frankreich gerade in dem Augenblick, wo es mit den Vereinigten Staaten schwierige Verhandlungen führt, die Vorbereitungen zu seiner Beteiligung an der Genfer Konferenz trifft, auf der über Handelserleichterungen wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Die Beteiligung der Vereinigten Staaten an dieser Genfer Konferenz wird nach Meinung maßgebender französischer Stellen zu einer wesentlichen Annäherung führen und man wird in der Lage sein, in Genf gewisse Verständigungspunkte aufzustellen, die bei den weiteren amerikanisch-französischen Handelsbesprechungen von Nutzen sein werden.

## Rakowskis Abberufung sicher?

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 11. Oktober

Bisher ist am Quai d'Orsay noch keine Antwort der Sowjetregierung auf die letzte schriftliche Note des französischen Kabinetts, in der die Abberufung Rakowskis verlangt wird, eingetroffen. Wie verlautet, wird übrigens ein definitiver Entschluß der russischen Regierung erst anläßlich des Zusammentritts des Volkskommissariats am 14. Oktober gefaßt werden, doch kann die Abberufung Rakowskis schon jetzt als eine im voraus bestimmte Tatsache angesehen werden, da die Sowjetregierung in der an den französischen Botschafter in Moskau gerichteten Einladung, die französische Regierung solle die Abberufung Rakowskis in schriftlicher Form verlangen, sich formell verpflichtet hat, diesen abzuberufen.

## Parlamentseröffnung in Irland

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 11. Oktober

Das irische Parlament wird heute zum erstenmal nach den Neuwahlen zusammentreten. Mit ebenso großer Spannung wie Nervosität sieht man dem Ergebnis der ersten Sitzung entgegen, die Aufschluß darüber bringen wird, ob Irland, wie vielfach angenommen wird, einer chaotischen Zeit entgegengeht. Die Parteien stehen sich zahlenmäßig ziemlich gleichstark gegenüber. Der Präsident Cosgrave verfügt etwa über die Hälfte der Stimmen, die andre Hälfte würde de Valera zufallen, falls er heute als Gegenkandidat für die Präsidentschaft aufgestellt werden sollte. Den Ausschlag werden die sechs Stimmen der Farmerpartei geben, über die bisher noch völlige Unklarheit besteht, welcher Seite sie zufallen.

## Koalition in Oesterreich?

Von unserm Id.-Korrespondenten

Wien, 9. Oktober

In letzter Zeit ist die Frage der Koalition zwischen den zwei großen politischen Parteien: Christlichsozialen und Sozialdemokraten Gegenstand vielfacher Erörterung in Vereinen, Wählerversammlungen und Presse. Leicht erklärlich, weil der derzeitige Zustand grimmiger Kampfbereitschaft zwischen den maßgebenden Gruppen niemand befriedigen kann. Es war ja schon früher arg genug bestellt. Nur mit unsäglicher Mühe, unter unausgesetztem Feilschen konnte unter Aechzen und Stöhnen der parlamentarischen Maschine der Betrieb notdürftig aufrechterhalten werden, und wie in den vielverlästerten Zeiten der Monarchie war auch in der gepriesenen demokratischen Republik das „Fortwursteln" oberstes Regierungsprinzip. Seit der Juli-Revolte sind die Verhältnisse noch schlimmer, die Kämpfe noch erbitterter geworden. Die Opposition gibt zu, daß seither ihre Stellung geschwächt, die der Regierung gefestigt ist. Daher die Nervosität im sozialdemokratischen Lager bei jedem Vorkommnis, bei jeder Maßnahme, die die Anhänger der Regierung für alle Fälle zu ihrem Schutze vorbereiten. So z. B. hat vor einigen Tagen der Industriellenverband seine Mitglieder aufgefordert, ein Jahr lang die bisherige Umlagsgebühr von 6 auf 8 Promille der Lohnbeträge zu erhöhen. Das Plus von 2 Promille ist als Abwehrfonds gegen alle möglichen Ereignisse, eventuell auch als Wahlfonds für Neuwahlen gedacht. Die oppositionelle Presse macht daraus eine große Sache, ein Majestätsverbrechen gegen die Arbeiterschaft, ohne zu bedenken, daß bei den Sozialdemokraten selbst den Arbeitern vom Lohn abgezogen werden: eine ½prozentige Betriebsratsumlage, 1 bis 2 Prozent Gewerkschaftsumlage, 4 Groschen wöchentlich für den republikanischen Schutzbund, eine Zwangsumlage für die Juli-Opfer, und in vielen Werkstätten wird auch der Nachweis der Zahlung des Mitgliedsbeitrages an die Partei und deren politische Vereine gefordert.

Die Nervosität der Sozialdemokraten erhält auch dadurch stete Nahrung, weil innerhalb der Partei selbst starke Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen bestehen. Wie in jeder großen Partei gibt es auch da radikale und gemäßigte Elemente, einen linken und einen rechten Flügel. Die stramme Geschlossenheit, wie sie nach der einstimmigen Gutheißung des vorjährigen Linzer Programms als besonderer Vorzug der Partei gepriesen wurde, hat einer auch für die Außenwelt sicht- und greifbaren Spaltung Platz gemacht. Sie ist schon bei der parlamentarischen Debatte über die Juli-Ereignisse zwischen den Ausführungen Otto Bauers und Karl Renners zutage getreten, zwischen dem starren klassenkämpferischen Dogmatiker und dem mehr Konzilianten, die Kräfteverhältnisse besser abwägenden, auf die Theorie weniger eingeschworenen Praktiker. Dieser Gegensatz zwischen links und rechts innerhalb der Partei ist in den letzten Tagen ganz besonders scharf hervorgetreten, als Dr. Renner, der erste Staatskanzler der Republik, die Möglichkeit einer Koalition zwischen den zwei großen Gruppen in einer sozialdemokratischen Versammlung erörterte. Dies ging dem die Partei bis aller führenden radikalen Flügel so sehr wider den Strich, daß das Zentralorgan der Partei den Bericht über diese Versammlung zuerst gar nicht veröffentlichte, tags darauf aber, weil das Todschweigen Renners denn doch nicht anging, die Ausführungen ohne jede zustimmende Bemerkung ihren Lesern vermittelte. In zwei Wochen findet der Parteitag der Sozialdemokraten statt, und auf diesem wird die Fehde zwischen rechts und links wohl ausgetragen werden. Da wird es sich zeigen, ob es sich bei Renner nur um einen unverbindlichen Versuchsballon oder um eine ernste Wendung in den Anschauungen der Opposition handelt, ob auch diese Episode so spurlos vorübergehen soll, wie die gemäßigten und entgegenkommenden Reden ohne Nachwirkung geblieben sind, die bei der parlamentarischen Behandlung der Juli-Ereignisse von den Mitgliedern der Christlichsozialen Partei Gürtler und Dreßler und von dem Sozialdemokraten Renner gehalten wurden.

Das Echo, das Renners jüngste Rede über die Möglichkeiten eines Zusammenarbeitens der beiden großen Parteien gefunden hat, ist nicht sehr ermunternd. Prompt tags darauf hat der Unterrichtsminister Schmitz, der freilich auf dem äußersten rechten Flügel der Christlichsozialen Partei steht, eine ablehnende Antwort auf Renners Rede gegeben,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19271012/1